Kirchliches Amtsblatt

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs

19010 Schwerin,
PF 111063

Nr. 18-19
15. Dezember 1997

C 11042 F Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

Inhalt

	Seite
Vierte Arbeitsrechtliche Regelung vom 11. September 1997 zur Änderung der Neunten Arbeitsrechtlichen Regelung vom 28. Juni 1993 für den Dienst der nebenberuflich oder geringfügig beschäftigten Mitarbeiter (NMitarbO).....	140
Sechste Arbeitsrechtliche Regelung vom 11. September 1997 über die Ordnung für den Dienst im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach dem Arbeitsförderungsgesetz beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ABM-Ordnung).....	141
Dritte Arbeitsrechtliche Regelung vom 11. September 1997 zur Änderung der Kirchlichen Arbeitsvertragsordnung.....	142
Beschluß des Schlichtungsausschusses vom 24. Oktober 1997.....	143
Verordnung vom 11. Oktober 1997 zur Änderung der Verordnung vom 3. Juli 1992 über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen.....	144
Beschluß über vermögenswirksame Leistungen für Pastoren und Kirchenbeamte im Kalenderjahr 1998.....	145
Beschluß zum Urlaubsgeld für Pastoren und Kirchenbeamte im Kalenderjahr 1998.....	145
Beschluß über die Sonderzuwendung für Pastoren und Kirchenbeamte im Kalenderjahr 1997.....	145
Vertrag über die Gestellung kirchlicher Mitarbeiter für die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen (Gestellungsvertrag).....	146
Vereinbarung einer Arbeitsgemeinschaft kirchliches Bauwesen.....	149
Satzung für das Haus der Kirche in Groß Poserin.....	150
Merkblatt zu Versicherungsfragen ehrenamtlicher Tätigkeit in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs.....	153
Strukturveränderungen.....	154
Personalia.....	155
Pfarrstellenausschreibung.....	156
Auslandspfarrstellen.....	157

Herausgeber und Verlag: Evangelischer Presseverband für Mecklenburg e.V. im Auftrage des Oberkirchenrates
Verantwortlich für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes:
Oberkirchenrat Rainer Rausch
Verlag und Redaktion: PF 11 10 63, 19010 Schwerin
Erscheint nach Bedarf, Einzelpreis je Nummer: 1,- DM
Satz und Druck: Oberkirchenrat

Anschrift

460.01/213

Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 11. September 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs hat am 11. September 1997 gemäß § 9 Abs. 6 des Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (Arbeitsrechtsregelungsgesetz-ARRG)

vom 17. März 1991 (KABl S. 48) in der Fassung vom 28. Oktober 1995 (KABl S. 130) folgende Arbeitsrechtliche Regelungen beschlossen, die nachstehend gemäß § 11 Abs. 3 ARRG veröffentlicht werden.

Schwerin, 11. September 1997

Der Oberkirchenrat
Dr. Schwerin

**Vierte Arbeitsrechtliche Regelung
vom 11. September 1997
zur Änderung der Neunten Arbeitsrechtlichen Regelung
vom 28. Juni 1993
für den Dienst der nebenberuflich oder
geringfügig beschäftigten Mitarbeiter
(NMitarbO)**

§ 1

Die Neunte Arbeitsrechtliche Regelung vom 28. Juni 1993 für den Dienst der nebenberuflich und geringfügig beschäftigten kirchlichen Mitarbeiter (NMitarbO) (KABl S. 134) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird im Klammerzusatz "Buchstabe q" durch "Buchstaben" ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Worte "oder als Studierende sozialversicherungsfrei sind" gestrichen.

2. § 3 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Der Mitarbeiter ist verpflichtet, die Arbeitszeit pünktlich einzuhalten. Er hat dem Arbeitgeber eine Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als 3 Kalendertage, hat der Mitarbeiter eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden allgemeinen Arbeitstag vorzulegen. Der Arbeitgeber ist berechtigt, in Einzelfällen die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als in der Bescheinigung angegeben, ist der Mitarbeiter verpflichtet, eine neue ärztliche Bescheinigung vorzulegen. Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Fortzahlung der Bezüge zu verweigern, solange der

Mitarbeiter die ärztliche Bescheinigung nicht vorlegt, es sei denn, daß der Mitarbeiter die Verletzung der Pflichten nicht zu vertreten hat.

Bei einer anstehenden Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation hat der Mitarbeiter dem Arbeitgeber den Zeitpunkt des Antritts der Maßnahme, die voraussichtliche Dauer und die Verlängerung unverzüglich mitzuteilen und ihm eine Bescheinigung über die Bewilligung der Maßnahme unverzüglich vorzulegen. Unterabsatz 1 Satz 6 gilt entsprechend."

3. § 6 erhält folgende Fassung:

**"§ 6
Krankenbezüge**

(1) Wird der Mitarbeiter durch Arbeitsunfähigkeit in Folge Krankheit an seiner Arbeitsleistung verhindert, ohne daß ihn ein Verschulden trifft, erhält er als Krankenbezüge seine Vergütung (§ 5 Abs. 1 oder 4) bis zur Dauer von 6 Wochen (42 Kalendertage) weiter. Ein Verschulden liegt nur dann vor, wenn die Arbeitsunfähigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde. Als unverschuldete Arbeitsunfähigkeit im Sinne des Unterabsatzes 1 gilt auch die Arbeitsverhinderung in Folge einer Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation, die ein Träger der gesetzlichen Renten-, Kranken- oder Unfallversi-

cherung, eine Verwaltungsbehörde der Kriegsopferversorgung oder ein sonstiger Sozialleistungsträger bewilligt hat und die in einer Einrichtung der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation stationär durchgeführt wird. Bei Mitarbeitern, die nicht Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse oder nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind, gilt Satz 1 dieses Unterabsatzes entsprechend, wenn eine Maßnahme der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation ärztlich verordnet worden ist und stationär in einer Einrichtung der medizinischen Vorsorge oder Rehabilitation oder einer vergleichbaren Einrichtung durchgeführt wird.

(2) Wird der Mitarbeiter in Folge derselben Krankheit (Absatz 1) erneut arbeitsunfähig, hat er wegen der erneuten Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Krankenbezüge nach Unterabsatz 1 für einen weiteren Zeitraum von 6 Wochen, wenn

- a) er vor der erneuten Arbeitsunfähigkeit mindestens 6 Monate nicht in Folge derselben Krankheit arbeitsunfähig war oder
- b) seit dem Beginn der ersten Arbeitsunfähigkeit in Folge derselben Krankheit eine Frist von 12 Monaten abgelaufen ist.

Endet das Arbeitsverhältnis vor Ablauf der in Unterabsatz 1 genannten Frist von 6 Wochen nach dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit, ohne daß es einer Kündigung bedarf, endet der Anspruch mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses.

(3) Kann der Mitarbeiter auf Grund gesetzlicher Vorschriften von einem Dritten Schadenersatz wegen des Verdienstausfalles beanspruchen, der ihm durch die Arbeitsunfähigkeit entstanden ist, geht dieser Anspruch insoweit auf den Arbeitgeber über, als dieser dem Mitarbeiter Krankenbezüge und sonstige Bezüge bezahlt und darauf entfallende, vom Arbeitgeber zu tragende Beiträge zur Bun-

desanstalt für Arbeit, Arbeitgeberanteile an Beiträgen zur Sozialversicherung und zur Pflegeversicherung sowie Umlagen (einschließlich der Pauschalsteuer) zu Einrichtungen der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung abgeführt hat.

Der Mitarbeiter hat dem Arbeitgeber unverzüglich die zur Geltendmachung des Schadensersatzanspruches erforderlichen Angaben zu machen.

Der Forderungsübergang nach Absatz 1 kann nicht zum Nachteil des Mitarbeiters geltend gemacht werden.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Zahlung der Krankenbezüge und sonstiger Bezüge zu verweigern, wenn der Mitarbeiter den Übergang eines Schadensersatzanspruches gegen einen Dritten auf den Arbeitgeber verhindert, es sei denn, daß der Mitarbeiter die Verletzung dieser ihm obliegenden Verpflichtungen nicht zu vertreten hat."

4. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird gestrichen.
- b) Absatz 4 wird Absatz 3.

§ 2

Diese Arbeitsrechtliche Regelung tritt am 1. Oktober 1997 in Kraft.

Schwerin, 11. September 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission

Pilgrim
Vorsitzender

Sechste Arbeitsrechtliche Regelung vom 11. September 1997 über die Ordnung für den Dienst der im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach dem Arbeitsförderungsgesetz beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(ABM-Ordnung)

§ 1

Diese Ordnung gilt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kirchlichen Dienst, die in einer nach den §§ 91 - 97 oder nach § 249 h des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) geförderten Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung beschäftigt werden.

§ 2

Auf das Arbeitsverhältnis finden die Vorschriften des

allgemeinen Arbeitsrechts Anwendung, soweit in den folgenden Regelungen nichts anderes bestimmt ist.

§ 3

(1) Für das Arbeitsverhältnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelten die Bestimmungen der Kirchlichen Arbeitsvertragsordnung (KAVO) der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs vom 2. November 1991 in der jeweils geltenden Fassung entsprechend mit folgen-

den Einschränkungen: §§ 1 bis 3, § 12, § 36 Abs. 7, § 37 Abs. 3 bis 9, § 39, § 41, § 42 Abs. 1 Buchst. b und c, § 43, § 46, § 50 Abs. 2, § 51, §§ 53 bis 64 und § 71 Abs. 3 bis 9 finden keine Anwendung.

§ 4

Die Regelungen über die Bezüge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vergütung, Zuwendung, Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gelten jeweils mit der Maßgabe, daß die Bezüge zu 80 % gezahlt werden.

§ 5

(1) Das Arbeitsverhältnis kann unter Einhaltung folgender Kündigungsfristen gekündigt werden:

1. während der Probezeit, längstens für die Dauer von sechs Monaten, mit einer Frist von zwei Wochen,
2. im übrigen
 - a) mit einer Frist von vier Wochen zum Fünfzehnten oder zum Ende eines Kalendermonats,
 - b) wenn das Arbeitsverhältnis nach Vollendung des 25. Lebensjahres zwei Jahre bestanden hat, einen Monat zum Ende eines Kalendermonats.

(2) Abweichend von Absatz 1 kann das Arbeitsverhältnis gemäß § 93 AFG gekündigt werden

1. ohne Einhaltung einer Frist, wenn das Arbeitsamt die Mitarbeiterin bzw. den Mitarbeiter abrufft,
2. durch die Mitarbeiterin bzw. den Mitarbeiter ohne Einhaltung einer Frist, wenn sie bzw. er eine andere Arbeit findet.

(3) Die gesetzlichen Bestimmungen zur außerordentlichen Kündigung bleiben unberührt. Als wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung gilt insbesondere der Austritt aus der evangelischen Kirche.

§ 6

Soweit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Maßnahmen, die bereits vor dem 11. September 1997 begonnen haben, günstigere Regelungen vereinbart worden sind, bleiben diese vom Inkrafttreten dieser Ordnung unberührt.

§ 7

Diese Ordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Schwerin, 11. September 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission

Pilgrim
Vorsitzender

Dritte Arbeitsrechtliche Regelung vom 11. September 1997 zur Änderung der Kirchlichen Arbeitsvertragsordnung

§ 1

Die Kirchliche Arbeitsvertragsordnung vom 2. November 1991, zuletzt geändert durch die Zweite Arbeitsrechtliche Regelung vom 12. Mai 1997 (KABI 1992 S. 9, 1997 S.104), wird wie folgt geändert:

1. § 15 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Satz 2 werden die Worte "in der Regel ein Zeitraum von 26 Wochen" durch die Worte "ein Zeitraum bis zu einem Jahr" ersetzt.

2. § 27 wird wie folgt geändert:

In Abschnitt A Absatz 7 Satz 2 werden die Worte "§ 50 Abs. 2 Satz 2" durch die Worte "§ 50 Abs. 3 Satz 2" ersetzt.

3. § 33 a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte "in Höhe von 164,00 DM" durch "in Höhe von 168,00 DM" ersetzt.

b) Abs. 2 Unterabs. 2 erhält die folgende Fassung:
"Die Schichtzulage beträgt in den Fällen des

- a) Unterabsatz 1 Buchst. a 100,80 DM,
- b) Unterabsatz 1 Buchst. b
- aa) Doppelbuchstabe aa 75,60 DM
- bb) Doppelbuchstabe bb 58,80 DM monatlich."

4. § 35 Abs. 1 Satz 2 Buchst. e und f erhalten die folgende Fassung:

"e) für Nachtarbeit 2,10 DM,

f) für die Arbeit an Samstagen in der Zeit von 13 Uhr bis 20 Uhr 1,05 DM."

5. In § 39 Abs. 2 werden nach dem Wort "Arbeitgeber" die Worte "nach § 50 Abs. 3 Satz 2" eingefügt.

6. In § 41 Abs. 1 werden die Worte "Abs. 2" gestrichen.

7. In § 48 Abs. 3 werden in Satz 1 die Worte "Abs. 2" gestrichen und im Satz 2 die Worte "§ 50 Abs. 2 Satz 2" durch die Worte "§ 50 Abs. 3 Satz 2" ersetzt.

8. § 50 erhält die folgende Fassung:

”§ 50
Sonderurlaub

(1) Mitarbeitern soll auf Antrag Sonderurlaub ohne Fortzahlung der Bezüge gewährt werden, wenn sie
a) mindestens 1 Kind unter 18 Jahren oder
b) einen nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen tatsächlich betreuen oder pflegen und dringende dienstliche bzw. betriebliche Belange nicht entgegenstehen.

Der Sonderurlaub ist auf bis zu fünf Jahre zu befristen. Er kann verlängert werden; der Antrag ist spätestens sechs Monate vor Ablauf des Sonderurlaubes zu stellen.

(2) Sonderurlaub ohne Fortzahlung der Bezüge aus anderen als den in Absatz 1 Unterabs. 1 genannten Gründen kann bei Vorliegen eines wichtigen Grundes gewährt werden, wenn die dienstlichen oder betrieblichen Verhältnisse es gestatten.

(3) Die Zeit des Sonderurlaubes nach den Absätzen 1 und 2 gilt nicht als Beschäftigungszeit nach § 19. In den Fällen des Absatzes 2 gilt Satz 1 nicht, wenn der Arbeitgeber vor

Antritt des Sonderurlaubes ein dienstliches oder betriebliches Interesse an der Beurlaubung schriftlich anerkannt hat.”

Protokollnotiz:

Ein Sonderurlaub darf nicht unterbrochen werden für Zeiträume, in denen keine Arbeitsverpflichtung besteht.

§ 2

Diese Arbeitsrechtliche Regelung tritt am 1. Oktober 1997 in Kraft.

Schwerin, 11. September 1997

Die Arbeitsrechtliche Kommission

Pilgrim
Vorsitzender

480.01/209-2

Der Schlichtungsausschuß der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs hat am 24. Oktober 1997 gemäß § 12 Abs. 8 des Kirchengesetzes über das Verfahren zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (Arbeitsrechtsregelungsgesetz ARR) vom 17. März 1991 (KABl S. 48) in der Fassung vom 28. Oktober 1995 (KABl S. 130) folgenden Beschluß gefaßt, der nachstehend gemäß § 12 Abs. 9 ARR veröffentlicht wird.

Schwerin, 11. September 1997

Der Oberkirchenrat
Dr. Schwerin

Beschluß des Schlichtungsausschusses vom 24. Oktober 1997

§ 1

Dieser Beschluß gilt für Mitarbeiter, die in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis einer der Rentenversicherung der Angestellten oder der Arbeiter unterliegenden Tätigkeit beschäftigt sind.

Für Mitarbeiter, deren Vergütung durch dritte Stellen mitfinanziert wird, gilt der Beschluß insoweit nicht, wie Zuwendungen von Dritten gewährt werden.

§ 2

Die Arbeitsrechtliche Regelung über die Gewährung einer Zuwendung vom 19. Dezember 1994 (KABl 1995 S. 85) wird für das Kalenderjahr 1997 ausgesetzt.

§ 3

Diejenigen Mitarbeiter, deren Arbeitsverhältnis auf

Veranlassung des Dienstgebers aus betrieblichen Gründen zwischen dem 24. Oktober 1997 und dem 31. Dezember 1998 endet, erhalten eine einmalige Zahlung als Sonderzuwendung in Höhe einer zweifachen Monatsvergütung im Monat des Ausscheidens. Die Sonderzahlung ist zurückzahlen, wenn ein Arbeitsverhältnis in dem oben genannten Zeitraum mit einem kirchlichen Dienstgeber wieder aufgenommen wird.

§ 4

Mitarbeiter, deren regelmäßige Dienstzeit auf Veranlassung des Dienstgebers aus betrieblichen Gründen zwischen dem 24. Oktober 1997 und dem 31. Dezember 1998 herabgesetzt wird, erhalten für den Zeitraum der Absen-

kung, längstens jedoch für 12 Monate, eine monatliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der bisherigen und der neuen Vergütung, höchstens jedoch das Zweifache der bisherigen Monatsvergütung

Schwerin, 24. Oktober 1997

Martin Sander
Vorsitzender des Schlichtungsausschusses

Volker Schulenburg
Beisitzer

Rainer Rausch
Beisitzer

471.01/128

Verordnung vom 11. Oktober 1997 zur Änderung der Verordnung vom 3. Juli 1992 über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen

§ 1

Die Verordnung vom 3. Juli 1992 über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen in der Fassung ihrer Änderung vom 2. September 1995 (KABl 1992 S. 77) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

"Grundsatz und Geltungsbereich

(1) Berechtigte nach dieser Verordnung erhalten eine jährliche Sonderzuwendung, soweit nicht durch die Kirchenleitung auf Grund der Finanzsituation der Landeskirche etwas anderes bestimmt wird.

(2) Berechtigte nach dieser Verordnung sind:

1. Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen, die im Dienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs stehen,
2. Vikare und Anwärter und Praktikanten der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis,
3. Versorgungsempfänger, denen laufende Versorgungsbezüge zustehen, die die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs zu tragen hat."

2. § 6 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

"Der Grundbetrag wird in Höhe von 75 v.H. der nach dem besoldungsrechtlichen Vorschriften für den Monat Dezember maßgebenden Bezüge gewährt, und zwar auch dann, wenn dem Berechtigten die Bezüge für diesen Monat nur teilweise zustehen oder in den Fällen des § 3 Abs. 3 nicht zustehen."

3. § 7 erhält folgende Fassung:

"Grundbetrag für Versorgungsempfänger

Der Grundbetrag wird in Höhe von 75 v.H. der dem Berechtigten für den Monat Dezember zustehenden Versorgungsbezüge gemäß § 4 Abs. 2 gezahlt".

§ 2

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Schwerin, 11. Oktober 1997

Der Vorsitzende der Kirchenleitung

Beste
Landesbischof

471.01/131

**Beschluß
über vermögenswirksame Leistungen
für Pastoren und Kirchenbeamte im
Kalenderjahr 1998**

Gemäß § 1 der Verordnung über die Zahlung von vermögenswirksamen Leistungen an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen vom 6. März 1992 in der Fassung ihrer Änderung vom 5. Oktober 1996 bestimmt die Kirchenleitung auf Grund der Finanzsituation der Landeskirche, im Kalenderjahr 1998 keine vermögenswirksamen Leistungen an die Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen der Landeskirche zu zahlen.

Schwerin, 11. Oktober 1997

Der Vorsitzende der Kirchenleitung

Beste
Landesbischof

471.01/130

**Beschluß
zum Urlaubsgeld
für Pastoren und Kirchenbeamte
im Kalenderjahr 1998**

Gemäß § 1 der Verordnung über die Gewährung eines jährlichen Urlaubsgeldes an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen vom 6. März 1992 (KABl S.56) in der Fassung ihrer Änderung vom 5. Oktober 1996 (KABl S.79) bestimmt die Kirchenleitung auf Grund der Finanzsituation der Landeskirche, im Kalenderjahr 1998 kein Urlaubsgeld an die Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen der Landeskirche zu zahlen.

Schwerin, 11. Oktober 1997

Der Vorsitzende der Kirchenleitung

Beste
Landesbischof

471.01/129

**Beschluß
über die Sonderzuwendung
für Pastoren und Kirchenbeamte
im Kalenderjahr 1997**

Gemäß § 1 Abs. 1 der Verordnung über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen vom 3. Juli 1992 in der Fassung ihrer Änderungen vom 2. September 1995 und 11. Oktober 1997 bestimmt die Kirchenleitung auf Grund der Finanzsituation der Landeskirche, im Kalenderjahr 1997 keine Sonderzuwendung an Pastoren, Pastorinnen, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen der Landeskirche zu zahlen.

Schwerin, 11. Oktober 1997

Der Vorsitzende der Kirchenleitung

Beste
Landesbischof

234.57/ 21-51

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend folgende Vereinbarung bekannt:

Schwerin, 20. November 1997

Der Oberkirchenrat
Rausch

Vereinbarung über die Gestellung kirchlicher Mitarbeiter für die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen (Gestellungsvertrag)

Zwischen
dem Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch den Ministerpräsidenten,
dieser vertreten durch die Kultusministerin
und
der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs,
vertreten durch den Oberkirchenrat,
und
der Pommerschen Evangelischen Kirche,
vertreten durch das Konsistorium,

wird mit dem Bestreben, in Ausführung des gesetzlichen Auftrages des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Erteilung des Religionsunterrichtes als ordentliches Unterrichtsfach an den Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten und unter Bezug auf Artikel 6 Güstrower Vertrag vom 20. Januar 1994 folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Vertragsschließenden gehen davon aus, daß es verfassungs- und schulrechtlich die Aufgabe des Landes ist, die Erteilung eines regelmäßigen Religionsunterrichtes als ordentliches Unterrichtsfach an den öffentlichen Schulen zu gewährleisten, und daß die Aufgabe im allgemeinen durch im Landesdienst stehende, für den Religionsunterricht ausgebildete Lehrkräfte, die von der Kirche beauftragt wurden (Vokatio), erfüllt werden soll.

(2) Zur Behebung des Mangels an Lehrkräften nach Einführung des Religionsunterrichts im Land Mecklenburg-Vorpommern werden sich die Kirchen bemühen, das Land bei der Gewinnung von geeigneten Lehrkräften zu unterstützen und nach ihrem Ermessen und soweit die Erfordernisse des kirchlichen Dienstes dies zulassen, kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (kirchliche Lehrkräfte) auf Ersuchen der Schulaufsichtsbehörden zur Verfügung

stellen, die nach einer entsprechenden Qualifikation geeignet und von der Kirche beauftragt sind (Vokatio), den Religionsunterricht an bestimmten Schularten zu erteilen.

(3) Die Entscheidungen der Kirchen im Sinne dieses Vertrages treffen die zuständigen kirchlichen Stellen.

§ 2

(1) Die kirchlichen Lehrkräfte treten in kein Dienstverhältnis zum Land, sondern stehen im kirchlichen Dienst. Ihre Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis bestimmen sich aus kirchlichem Recht.

(2) Aus der Unterrichtstätigkeit an den öffentlichen Schulen entsteht kein Anspruch auf Übernahme in den Landesdienst.

(3) Die Beschäftigung von Lehrkräften für eine hauptamtliche/hauptberufliche und nebenamtliche/nebenberufliche Unterrichtstätigkeit zur Erteilung von Religionsunterricht durch das Land wird durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 3

(1) Die Kirchen stellen im Rahmen ihres Ermessens auf Grund dieser Vereinbarung für die Erteilung des

Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen kirchliche Lehrkräfte gegen ein Gestellungsgeld (§ 6) zur Verfügung.

(2) Der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen kann erteilt werden von

1. Pfarrern, Pastorinnen, Pastoren mit abgeschlossener Zweiter theologischer Prüfung an allen öffentlichen Schulen,
2. Gemeindepädagoginnen, Gemeindepädagogen mit abgeschlossener Zweiter Gemeindepädagogischer Prüfung, Absolventinnen und Absolventen von staatlich anerkannten gemeindepädagogischen/religionspädagogischen Fachhochschulen an allen öffentlichen Schulen,
3. kirchlichen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern, die eine gemeindepädagogische Ausbildung mit Fachschulabschluß absolviert haben (Katechetinnen, Katecheten, Gemeindehelferinnen, Gemeindehelfer, Diakone) an Grundschulen, Förderschulen sowie in den Bildungsgängen des Sekundarbereiches I.

(3) Kirchliche Mitarbeiter (z.B. Diplomtheologen), die die Voraussetzungen gemäß Absatz 2 nicht erfüllen und Religionsunterricht an öffentlichen Schulen erteilen, können weiterhin im Religionsunterricht eingesetzt werden, wenn sie den erfolgreichen Besuch entsprechender Fort- oder Weiterbildungskurse nachweisen.

§ 4

(1) Die zuständigen Schulaufsichtsbehörden teilen den zuständigen kirchlichen Stellen nach Maßgabe des Haushaltes unter Beachtung des Grundsatzes nach § 1 Abs. 1 dieser Vereinbarung rechtzeitig den durch im Landesdienst stehende Lehrkräfte nicht gedeckten Unterrichtsbedarf mit. Auch die zuständigen kirchlichen Stellen unterrichten die Schulaufsichtsbehörden, wenn nach ihrer Kenntnis Religionsunterricht nicht planmäßig erteilt wird.

(2) Die zuständigen kirchlichen Stellen benennen den zuständigen Schulaufsichtsbehörden im Rahmen ihres Ermessens die für die Erteilung des Religionsunterrichtes vorgesehenen kirchlichen Lehrkräfte im Einzelfall unter Verwendung des Musters nach Anlage 1.

(3) Die von den zuständigen kirchlichen Stellen benannten kirchlichen Lehrkräfte erhalten von den zuständigen Schulaufsichtsbehörden einen Unterrichtsauftrag (Anlage 2). Die zuständigen kirchlichen Stellen erhalten eine Durchschrift des Unterrichtsauftrages.

(4) Die Schulleiter nehmen bei der Festlegung des Stundenplanes Rücksicht auf die Erfordernisse, die sich aus dem kirchlichen Dienstverhältnis ergeben.

(5) Bei Erkrankung oder sonstiger Verhinderung über einen längeren Zeitraum als zwei Wochen werden die zuständigen kirchlichen Stellen im Einvernehmen mit dem zuständigen Schulleiter bzw. der zuständigen Schulaufsichtsbehörde bemüht sein, eine angemessene Vertretung zu stellen.

§ 5

(1) Die im Religionsunterricht eingesetzten kirchlichen Mitarbeiter unterstehen im Rahmen dieser Tätigkeit der staatlichen Schulaufsicht, der Schulordnung und den Weisungen des Schulleiters. Die Teilnahme an Konferenzen und an Prüfungen richtet sich nach den allgemeinen Bestimmungen für entsprechende Lehrkräfte.

(2) Die kirchlichen Lehrkräfte erhalten Urlaub nach den allgemeinen Bestimmungen für entsprechende Lehrkräfte. Der Urlaub gilt mit den Ferien als abgegolten.

(3) Hinsichtlich der gesundheitlichen Überwachung gelten in den kirchlichen die staatlichen Bestimmungen.

(4) Bei ihrer schulischen Verwendung sind die dienstlichen Verpflichtungen kirchlicher Lehrkräfte zu berücksichtigen.

§ 6

(1) Das Land erstattet den Kirchen für die Gestellung kirchlicher Lehrkräfte, die mit sieben oder mehr Unterrichtswochenstunden eingesetzt werden, die Personalkosten, die es aufzuwenden hätte, wenn die von der jeweiligen kirchlichen Lehrkraft gehaltenen Unterrichtsstunden durch eine im Landesdienst stehende Lehrkraft erteilt worden wäre. Das Land erstattet den Kirchen für die Gestellung kirchlicher Lehrkräfte, die mit weniger als sieben Unterrichtswochenstunden eingesetzt werden, die Personalkosten auf der Basis von Einzelstundensätzen.

(2) Die Dienstleistung der kirchlichen Lehrkräfte gegenüber ihrem Arbeitgeber wird im Umfang der gehaltenen Unterrichtsstunden abgemindert.

(3) Das Land erstattet die Beträge gemäß Absatz 1 ohne Abzüge. Die Abführung etwaiger Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge obliegt den zuständigen Kirchen.

(4) Besteht der Anspruch auf das Gestellungsgeld nicht für einen vollen Kalendermonat, so wird nur der Teil des Gestellungsgeldes gezahlt, der auf den Anspruchszeitraum entfällt.

(5) Wird eine kirchliche Lehrkraft vorübergehend (z.B. bei Erkrankung) durch eine andere kirchliche Lehrkraft vertreten, so ändert sich das Gestellungsgeld dadurch nicht. Leistungen im Rahmen des § 4 Abs. 5 bleiben unberührt.

(6) Für Urlaub, der ausnahmsweise außerhalb der Schulferien genommen wird, ist eine Vertretung zu stellen.

(7) Das Gestellungsgeld ist vierteljährlich nachträglich am 15. des übernächsten Monats zu zahlen.

§ 7

(1) Der Unterrichtsauftrag (§ 4 Abs. 3) endet

1. mit Ablauf der Zeit, für die er erteilt ist; er kann von der zuständigen Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen kirchlichen Stelle verkürzt oder verlängert werden;

- 2. durch Widerruf seitens der zuständigen Schulaufsichtsbehörde oder der zuständigen kirchlichen Stelle; die Widerrufsfrist beträgt drei Monate bis zum Ende des jeweiligen Schuljahres;
- 3. durch Widerruf seitens der zuständigen Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der zuständigen kirchlichen Stelle und der betreffenden kirchlichen Lehrkraft, wenn sich aus der Person der Lehrkraft oder ihrer Unterrichtstätigkeit schwerwiegende Bedenken gegen eine weitere Verwendung ergeben;
- 4. mit Wegfall oder Rücknahme der kirchlichen Beauftragung (Vokatio);
- 5. mit Ablauf oder Kündigung dieses Gestellungsvertrages.

(2) Sind kirchliche Lehrkräfte nicht ausschließlich im Schuldienst tätig, so können die kirchlichen Stellen den Unterrichtsauftrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsschluß kündigen. Die kirchlichen Stellen werden sich dann um die Gestellung einer Ersatzkraft bemühen.

§ 8

(1) Die Vertragsschließenden werden etwa auftretende

Anlage 1
(zu § 4 Abs. 2)

Benennung kirchlicher Mitarbeiter für die Erteilung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen

I Personenangaben

Name: _____ Vorname: _____
 Geboren: _____ Geburtsort: _____
 Kirchliche Amts- und Dienstbezeichnung: _____
 Kirchliche Dienststelle: _____
 Wohnort: _____ Straße: _____

II Berufsausbildung(einschließlich Studium und kirchliche Ausbildung)

Ausbildung: _____
 Abgelegte Prüfungen: _____

III. Ein amtsärztliches Zeugnis gemäß § 47 BSeuchG ist beigefügt.

IV. Bereitschaft zur Wahrnehmung eines Unterrichtsauftrages im Umfang von bis zu Unterrichtsstunden wöchentlich.

Schwierigkeiten in der Durchführung dieses Vertrages einvernehmlich beheben und notwendige Vertragsänderungen auch ohne vorherige Kündigung vereinbaren.

(2) Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 1998 in Kraft und gilt bis zum Ende des Schuljahres 1998/99. Seine Gültigkeit verlängert sich jeweils um zwei Schuljahre, wenn er nicht ein Jahr vor Ablauf der Geltungsfrist zum Ende des nächsten Schuljahres gekündigt wird.

Schwerin, 16. Oktober 1997

Regine Marquardt
Kultusministerium

Dr. Eckart Schwerin i. V.
Oberkirchenratspräsident

Siegel

Siegel

Hans-Martin Harder
Konsistorialpräsident

Siegel

Anlage 2
(zu § 4 Abs. 3)

Unterrichtsauftrag für die Erteilung von Religionsunterricht

(Schulaufsichtsbehörde) (Ort, Datum)

Frau/Herr

Im Einvernehmen mit (zuständige kirchliche Stelle)
 beauftrage ich Sie hiermit, mit Wirkung vom bis zum wöchentlich Unterrichtsstunden evangelischen Religionsunterricht an (Schule/Schulen) in zu erteilen.

Im Rahmen dieser Tätigkeit unterstehen Sie der staatlichen Schulaufsicht, der Schulordnung und den Weisungen des Schulleiters. Im übrigen gelten für den Unterrichtsauftrag die Bestimmungen des Gestellungsvertrages vom

(Unterschrift)

148.04/54-20

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend folgende Vereinbarung bekannt:

Schwerin, 20. November 1997

Der Oberkirchenrat
Rausch

Vereinbarung einer Arbeitsgemeinschaft kirchliches Bauwesen

Das Konsistorium der Pommerschen Evangelischen Kirche,
- vertreten durch den Konsistorialpräsidenten Harder -

das Nordelbische Kirchenamt der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche
- vertreten durch den Präsidenten Prof. Dr. Blaschke -

und der Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs
- vertreten durch den Oberkirchenratspräsidenten i. V. Dr. Schwerin -

geleitet von dem Wunsch, das freundschaftliche Verhältnis zwischen den Landeskirchen auf dem Gebiet des kirchlichen Bauwesens zu festigen, zu fördern sowie zur gegenseitigen Unterstützung und Bündelung der Kräfte und dazu beizutragen, den kirchlichen Baubestand, die denkmalgeschützten Kirchen und Gebäude sowie die Kunst- und Kulturdenkmale zu erhalten, schließen diese Vereinbarung.

Die Bildung weiterer Arbeitsgemeinschaften, insbesondere auf dem Gebiete des Grundstückswesens, des Archivwesens usw., wird in Aussicht genommen.

1. Die Arbeitsgemeinschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- ständiger Erfahrungsaustausch in Grundsatzfragen des kirchlichen Bauwesens,
- Organisation und Durchführung von Zusammenkünften und Konsultationen zur gleichmäßigen Behandlung von Bauangelegenheiten,
- Unterstützung in Personalangelegenheiten, insbesondere Hilfe bei der Besetzung der Stellen in den Baudezernaten bzw. Baureferaten,
- Herbeiführung gemeinsamer kirchlicher Baurechtsbestimmungen,
- Schaffung einheitlicher Architekten- bzw. Ingenieurverträge,
- einheitliches Formularwesen,
- Bildung einer Fachgruppe Denkmalpflege zur gemeinsamen Vertretung denkmalpflegerischer Angelegenheiten gegenüber den Ländern Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern,
- Bildung eines Bauausschusses, der die örtlichen landeskirchlichen Bauausschüsse in Grundsatzfragen berät,
- Vergabe von Gutachten.

2. Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus den Leitern der Baudezernate bzw. -referate. Sofern es der Gegenstand der Beratung erfordert, können weitere Referenten der Baudezernate bzw. -referate zu den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft hinzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft tritt in der Regel dreimal jährlich zusammen. Sie ist einzuberufen, wenn ein Mitglied es beantragt. Die Geschäftsführung obliegt dem Baudezernat in Kiel. Die Arbeitsgemeinschaft kann sich eine Geschäftsordnung geben.

3. Die Vertragsschließenden werden eine etwa in Zukunft zwischen ihnen stehende Meinungsverschiedenheit über diese Vereinbarung in freundschaftlicher Weise beseitigen, indem die Präsidenten der kirchlichen Verwaltungen der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft hinzutreten.

4. In der Arbeitsgemeinschaft übernimmt das Baudezernat in Kiel nach Möglichkeit folgende Aufgaben:

- 4.1 Federführung in der Herbeiführung gemeinsamen kirchlichen Baurechts,
- 4.2 Informationsdienst über die staatliche Gesetzgebung im Baurecht bzw. Denkmalschutzrecht, insbesondere für die Länder Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg,
- 4.3 Vermittlung und Austausch von Fachliteratur und Fachzeitschriften,
- 4.4 Formaltechnische Prüfung von Architekten- und Ingenieurverträgen nach HOAI, dazu Erarbeitung einheitlicher Vertragsformulare,
- 4.5 Aufstellung von Grundsätzen für die Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung (AVA) von Bauleistungen,
- 4.6 Inanspruchnahme der Glocken- und Orgelbausach-

verständigen*,

- 4.7 Inanspruchnahme der Beratung bei Kirchenheizungen*,
4.8 Vermittlung von Anwaltskanzleien bei Rechtsstreitigkeiten in Bauangelegenheiten,
4.9 Aus- und Fortbildung.

5. Die Wahrnehmung der Aufgaben des kirchlichen Bauwesens erfolgt im Konsistorium Greifswald durch das Baureferat.

Das Baureferat ist Genehmigungsbehörde, soweit die Genehmigung nicht auf die vier Kirchenkreise übertragen ist.

6. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt im Oberkirchenrat Schwerin durch den Baureferenten.

Dem Baureferenten obliegt die Genehmigungspflicht, soweit nicht die Zuständigkeit der Kirchenkreise gegeben ist.

7. Die Baureferenten in Greifswald und Schwerin handeln eigenverantwortlich und fachkompetent für ihren Aufgabenbereich.

8. Folgende Aufgaben werden in den Landeskirchen weiterhin eigenständig bearbeitet

- 8.1 Grundfragen des Kirchbaues,
8.2 Koordinierung und Fachaufsicht über die zuständigen Sachverständigen in den Kirchenkreisen,
8.3 Denkmalpflege,
8.4 Betreuung des Kunst- und Kulturgutes.

* Die Verwaltungsbestimmungen sollten möglichst bald aufeinander abgestimmt werden.

3209/563-1/8

Der Oberkirchenrat veröffentlicht nachfolgend die Satzung für das Haus der Kirche in Groß Poserin, die am 25. November 1997 beschlossen worden ist.

Schwerin, 25. November 1997

Der Oberkirchenrat
Rausch

9. Es wird eine baldige Vernetzung durch Computer angestrebt.

10. Diese Vereinbarung tritt am 1. Dezember 1997 in Kraft.

Für das Konsistorium

Greifswald, 7. November 1997 Siegel

Harder
Konsistorialpräsident

Für das Nordelbische Kirchenamt

Kiel, 7. November 1997 Siegel

Prof. Dr. Blaschke
Präsident

Für den Oberkirchenrat

Schwerin, 7. November 1997 Siegel

Dr. Schwerin (i. V.)
Oberkirchenratspräsident

Satzung für das Haus der Kirche in Groß Poserin

Erster Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Name und Zweckbindung

(1) Auf dem Pfarrgrundstück der Evangelisch-Lutherische Kirche zu Groß Poserin besteht ein Heim für Tagungen, Rüstzeiten und Freizeiten.

Das Heim trägt den Namen: "Haus der Kirche Groß Poserin".

(2) Das Heim dient ausschließlich kirchlichen Zwecken.

(3) Das Heim dient insbesondere:

1. der Durchführung von kirchlichen Rüstzeiten bzw. Freizeiten aller Art,
2. Schulklassen, Kindertagesstätten, Kindergärten, Spielkreisen, Bildungstagungen und Bildungsveranstaltungen

etc., soweit es für die Zwecke nach Nr. 1 nicht benötigt wird,

3. der Erholung für kirchliche Mitarbeiter, deren Familienangehörige und Gäste, soweit es für die Zwecke nach Nr. 1 nicht benötigt wird.

§ 2

Betrieb, Einnahmen und Unterhaltung

(1) Die Mittel für den Betrieb des Heimes werden aufgebracht durch:

- Spenden und Einkünfte aus Kirchgemeinden und Kirchenkreisen,
- Tagessätze der Nutzer und Gäste,
- Spenden der Nutzer und Gäste sowie der Freunde des Hauses,
- Zuwendungen sonstiger kirchlicher und staatlicher Institutionen,
- Zuschüsse und Zuwendungen der Landeskirche.

(2) Alle Mittel sind für den kirchlichen Zweck des Heimes zweckgebunden und entweder laufend dafür zu verausgaben oder zweckgebundenen Fonds zuzuführen. Das Sach- und ein etwaiges Geldvermögen des Hauses ist ein Zweckvermögen im Sinne der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung und wird als Sondervermögen aus dem Vermögen der Landeskirche ausgeschieden.

(3) Die Ansammlung von Fonds für die Erfüllung der Aufgaben oder neuer Aufgaben des Hauses im Rahmen seines kirchlichen Zweckes geschieht durch Beschluß des Kuratoriums.

Zweiter Abschnitt: Leitung des Hauses

§ 3

Kuratorium

(1) Die Leitung wird von einem Kuratorium wahrgenommen. Dieses untersteht der Aufsicht des Oberkirchenrates.

(2) Dem Kuratorium gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

1. der Landessuperintendent des Kirchenkreises Parchim,
2. ein Mitglied der Kirchgemeinderäte der verbundenen Kirchgemeinden Woosten/Groß Poserin, das von den Kirchgemeinderäten hierzu bestimmt wird,
3. ein Mitarbeiter des Amtes für Gemeindedienst,
4. ein Mitglied, das aus dem Leiterkreis des Amtes für Gemeindedienst entsandt wird und
5. ein Vertreter des Oberkirchenrates.

(3) Die Mitglieder des Kuratoriums werden vom Oberkirchenrat jeweils für einen Zeitraum von sechs Jahren bestellt.

(4) Scheidet ein Kuratoriumsmitglied aus, hat eine Neuberufung entsprechend den Regelungen der Ernennung

des jeweiligen Kuratoriumsmitgliedes zu erfolgen.

(5) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

(6) Der Heimleiter darf nicht Kuratoriumsmitglied sein.

§ 4

Aufgaben des Kuratoriums

Das Kuratorium hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Es beschließt über den von der zuständigen Kirchenkreisverwaltung aufzustellenden Haushaltsplan, der vom Oberkirchenrat zu genehmigen ist.
2. Es führt für die von der Kirchenkreisverwaltung aufzustellende Jahresrechnung die Entlastung durch den Oberkirchenrat herbei.
3. Es nimmt den vom Heimleiter mindestens jährlich zu erstattenden Tätigkeitsbericht entgegen.
4. Es legt das Entgelt für Leistungen des Heimes fest.
5. Es stellt den vom Oberkirchenrat zu genehmigenden Stellenplan auf und beschließt im Benehmen mit dem Oberkirchenrat über die Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern.
6. Es schlägt vor, wen der Oberkirchenrat als Heimleiter anstellt.
7. Es entscheidet über sonstige Personalangelegenheiten im Benehmen mit dem Oberkirchenrat. Dies gilt nicht für die Anstellung der Praktikanten und Zivildienstleistenden.
8. Es beschließt über außerplanmäßige Ausgaben und deren Deckung.
9. Es erarbeitet Vorschläge für Baumaßnahmen und unterbreitet diese der Baukonferenz.
10. Es stellt eine Hausordnung auf.

§ 5

Vertretungsbefugnis

Bei der Verwaltung und Betriebsführung des Hauses wird die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs im Rechtsverkehr durch das Kuratorium vertreten. Rechtsverbindliche Erklärungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Unterschrift des Vorsitzenden und eines weiteren Mitgliedes des Kuratoriums.

§ 6

Weitere Bestimmungen für das Kuratorium

(1) Das Kuratorium legt durch Beschluß fest, in welchem Umfang einzelne seiner Mitglieder bestimmte, nicht bereits in der Satzung geregelte Aufgaben übernehmen.

(2) Den Mitgliedern des Kuratoriums stehen keinerlei Ansprüche auf das Vermögen des Heimes zu.

(3) Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung, sondern nur Ersatz ihrer baren Auslagen.

§ 7**Geschäftsgang des Kuratoriums**

(1) Die Sitzungen des Kuratoriums werden vom Vorsitzenden einberufen. Das Kuratorium tritt nach Bedarf, mindestens aber alle sechs Monate zusammen. Auf Verlangen des Oberkirchenrates oder von zwei Kuratoriumsmitgliedern muß der Vorsitzende das Kuratorium innerhalb von drei Wochen einberufen.

(2) Die Mitglieder sind mindestens zehn Tage vor dem Sitzungstermin schriftlich einzuladen. Gleichzeitig mit der Einladung ist die Tagesordnung schriftlich bekanntzugeben.

(3) Der Heimleiter hat an den Sitzungen des Kuratoriums mit beratender Stimme teilzunehmen. Dem Heimleiter ist die Einladung einschließlich Tagesordnung gleichfalls schriftlich bekanntzugeben.

(4) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und mindestens vier seiner Mitglieder anwesend sind. Ladungsfehler bleiben ohne Bedeutung, wenn alle Mitglieder anwesend sind und kein Widerspruch erfolgt.

(5) Das Kuratorium tagt nicht öffentlich. Zur Beratung einzelner Tagesordnungspunkte kann die Öffentlichkeit zugelassen werden. Das Kuratorium kann zu seinen Sitzungen Gäste einladen und Personen zur Beratung zuziehen, deren Rat ihm zweckdienlich erscheint.

(6) Die Beschlüsse des Kuratoriums werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Beschlüsse, die Satzungsänderungen, die Umwandlung oder die Aufhebung des Betriebes oder der Unterhaltung betreffen, bedürfen der Mehrheit von zwei Dritteln der Kuratoriumsmitglieder.

(7) Die Kuratoriumsmitglieder haben über alle Angelegenheiten, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Kuratoriumsmitglieder bekannt werden und die vertraulich zu behandeln sind, Stillschweigen zu bewahren.

(8) Über jede Sitzung des Kuratoriums ist eine Niederschrift anzufertigen, in der der wesentliche Verlauf und die Beschlüsse des Kuratoriums festgehalten sind. Der Protokollführer wird vom Kuratorium gewählt. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Kuratoriums zu unterzeichnen. Jedem Mitglied des Kuratoriums sowie dem Oberkirchenrat ist eine Ausfertigung der Niederschrift zu übersenden.

(9) Beschlüsse des Kuratoriums, die Sachverhalte betreffen, die bei einer Kirchgemeinde genehmigungspflichtig wären, bedürfen für ihre Wirksamkeit der Genehmigung durch den Oberkirchenrat.

§ 8**Heimleiter**

(1) Der Heimleiter wird vom Oberkirchenrat auf Vorschlag des Kuratoriums angestellt.

(2) Der Heimleiter ist dafür verantwortlich, daß der

Heimbetrieb nach den kirchlichen Ordnungen und den Bestimmungen des allgemeinen Rechts durchgeführt wird. Er ist berechtigt, die üblichen Rechtsgeschäfte des täglichen Heimablaufes nach Maßgabe und Beschluß des Kuratoriums und des genehmigten Haushaltsplanes abzuschließen und Praktikanten und Zivildienstleistende im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten anzustellen.

(3) Der Heimleiter nimmt die Anmeldungen entgegen und führt den Belegungsplan.

(4) Die Aufgaben des Heimleiters werden in einer Dienstbeschreibung durch das Kuratorium festgelegt. Der Heimleiter ist verpflichtet, weitere ihm durch das Kuratorium übertragene zumutbare Aufgaben zu übernehmen.

(5) Der Heimleiter untersteht der Dienstaufsicht des Vorsitzenden des Kuratoriums.

(6) Die Fachaufsicht erfolgt im Einvernehmen mit dem Oberkirchenrat durch das Kuratorium.

Dritter Abschnitt:**Räumlichkeiten und Baumaßnahmen****§ 9****Räumlichkeiten und Nutzungsrechte**

(1) Dem Betrieb des Heimes dienen sämtliche Räume des Tagungsheimes und Nebengebäude mit Ausnahme des Gemeinderaumes und der Heimleiterwohnung.

(2) Veranstaltungen der Kirchgemeinde in den Räumen des Heimes erfolgen nach Absprache mit dem Heimleiter. Im Konfliktfall entscheidet der Kuratoriumsvorsitzende.

(3) Veranstaltungen von Nutzern des Heimes im Gemeinderaum erfolgen nach Absprache mit dem Ortspastor. Im Konfliktfall entscheidet der Landesuperintendent.

§ 10**Bewirtschaftung**

Für die Bewirtschaftung der nach § 9 Abs. 1 genannten Räumlichkeiten und Gebäude wird in der Kirchenkreisverwaltung eine Kasse geführt.

§ 11**Instandsetzung und Instandhaltung**

(1) Aus den Mitteln des Heimes werden für die Dauer der Überlassung sämtlicher Gebäude - unabhängig von der Eigentumslage - die Kosten der ordnungsgemäßen baulichen Instandsetzung, Instandhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude und Grundstücke übernommen, soweit nicht Zuschüsse Dritter gewährt werden.

(2) Zuständig ist die Baukonferenz nach der Ordnung für kirchliche Gebäude des Kirchenkreises.

**Vierter Abschnitt:
Schlußbestimmungen**

**§ 12
Hausordnung**

Das Kuratorium erläßt eine Hausordnung. Sie regelt die Fragen der Benutzung einschließlich der hierfür zu entrichtenden Entgelte.

**§ 13
Änderung der Satzung**

(1) Satzungsänderungen dürfen nur aus zwingenden Gründen durch den Oberkirchenrat im Benehmen mit dem Kuratorium erfolgen.

(2) Hält das Kuratorium Satzungsänderungen für notwendig, kann es diese mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Kuratoriumsmitglieder beantragen.

**§ 14
Zweckänderung
oder Auflösung des Heimbetriebes**

Wird der Betrieb des Heimes geändert oder das Heim

aufgelöst, verfügt der Oberkirchenrat nach Anhörung des Kuratoriums und der zuständigen Kirchgemeinderäte nach Maßgabe der kirchlichen Ordnungen über das freiwerdende Vermögen. Das Vermögen darf nur zu ausschließlich kirchlichen Zwecken verwendet werden.

**§ 15
Sprachregelung**

Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten jeweils in der weiblichen und männlichen Form.

**§ 16
Inkrafttreten**

Der Oberkirchenrat hat diese Satzung in seiner Sitzung am 25. November 1997 beschlossen. Sie tritt am 1. Januar 1998 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisher gültige Satzung vom 6. Juli 1984 außer Kraft.

602.00/199-6

Der Oberkirchenrat veröffentlicht nachstehend den Text des Merkblattes zu Versicherungsfragen ehrenamtlicher Tätigkeit in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (Stand: 1. Mai 1997).

Schwerin, 16. Oktober 1997

Der Oberkirchenrat
Rausch

**Merkblatt zu Versicherungsfragen ehrenamtlicher Tätigkeit
in der Evangelisch-Lutherischer Landeskirche Mecklenburgs
(Stand: 1. Mai 1997)**

1. Durch den Beitritt der Mecklenburgischen Landeskirche zum Pauschalabkommen der EKD mit der Verwaltungsberufsgenossenschaft sind seit dem 1. Januar 1992 auch die Ehrenamtlichen während ihrer Tätigkeit **unfallversichert**. Daraus folgt, daß ein Unfall mit Körperschaden der Berufsgenossenschaft gemeldet werden muß. Er wird entsprechend der gesetzlichen Regelungen wie ein **Arbeitsunfall** eines Angestellten reguliert. Falls ein Ar-

beitsunfall von der Berufsgenossenschaft nicht anerkannt wird, besteht Unfallversicherungsschutz über den landeskirchlichen **Sammelversicherungsvertrag**.

2. Eine **Krankenversicherung** muß durch den ehrenamtlichen Mitarbeiter selbst abgeschlossen werden, wenn er im Krankheitsfall Leistungen in Anspruch nehmen will und nicht bereits eine Krankenversicherung besteht (z.B.

durch Arbeitsverhältnis oder Familienzugehörigkeit).

3. Das gleiche gilt für die **Rentenversicherung**: Da durch die ehrenamtliche Tätigkeit kein Arbeitsverhältnis begründet wird, besteht kein Zugang zur gesetzlichen Rentenversicherung.

4. Die Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs hat **Sammelversicherungsverträge** in den Sparten Gebäude (Feuer, Leitungswasser, Sturm), Inventar (Feuer, Leitungswasser, Einbruchdiebstahl), Unfall, Dienstreise-Kasko, Betriebs-, Gewässerschaden- und Vermögensschaden-Haftpflicht abgeschlossen (ausführlich siehe Versicherungsmerkblatt).

5. Durch den **Haftpflicht-Versicherungsvertrag** sind neben den hauptamtlichen auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter für den Fall versichert, daß sie während ihrer Tätigkeit **Dritten** gegenüber einen Schaden verursachen. Dies gilt allerdings - wie bei anderen Haftpflichtversicherungen auch - nur für fahrlässig verursachte Schäden. Dervorsätzlich herbeigeführte Schaden ist nicht versichert. Wichtig ist in diesem Zusammenhang: Es muß eine **ordnungsgemäße Beauftragung** des Ehrenamtlichen durch die Dienststelle vorliegen. Ordnungsgemäße Beauftragung bedeutet, daß ein Auftrag durch die Kirchgemeinde, kirchliche Einrichtung usw. vorliegt, **der auch nachweisbar ist**.

Bei ehrenamtlichen Mitarbeitern, die über einen längeren Zeitraum bestimmte Aufgaben wahrnehmen, ge-

schieht dies beispielsweise durch die Einführung oder auch Vorstellung im Gemeindegeldienst. Diese Mitarbeiter erfüllen dann in dem benannten Tätigkeitsfeld Aufgaben für die Kirchgemeinde, kirchliche Einrichtung usw., ohne daß es jedesmal einer Einzelbeauftragung bedarf.

In anderen Fällen ist eine Einzelbeauftragung oder Absprache mit der Gemeindeleitung, Leitung der Einrichtung usw. nötig, die aber auch mündlich erfolgen kann.

Wenn jemand von sich aus, ohne Auftrag oder Absprache, für die Kirchgemeinde/kirchliche Einrichtung tätig wird, ist er im Schadenfall nicht über den kirchlichen Vertrag versichert; er muß persönlich dafür aufkommen.

6. Kommt es während einer genehmigten **Dienstreise** zu einem Schaden durch Unfall an dem privaten Pkw des ehrenamtlich Tätigen, so werden die schadenbedingten Kosten durch die Dienstreise-Kasko-Versicherung der Landeskirche reguliert (Genehmigungsvoraussetzungen siehe auch Punkt 5 zur Haftpflichtversicherung).

Der Abschluß einer zusätzlichen **Insassen-Unfallversicherung** ist nicht zwingend erforderlich.

Für die Bearbeitung von **Schadenersatzforderungen** (Fahrzeuginsassen und/oder geschädigte Dritte) ist die Kfz-Haftpflichtversicherung, die für das Fahrzeug bestehen muß, zuständig.

Ist der Unfall durch ein gegnerisches Fahrzeug verursacht worden, so sind Schadenersatzansprüche bei dem Unfallgegner bzw. seiner Kfz-Haftpflichtversicherung anzu-melden. Die Landeskirche ist zu informieren.

Strukturveränderungen

8413-12/1

Vereinigung der Kirchgemeinden Roggenstorf/Börzow und Kirch Mummendorf/Lübsee zu einer Kirchgemeinde

Die bisher miteinander verbundenen Kirchgemeinden Roggenstorf und Börzow sowie Kirch Mummendorf und Lübsee werden zum 1. Januar 1998 miteinander vereinigt. Der Name der vereinigten Kirchgemeinde ist Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde St.-Johannes Roggenstorf. Die Pfarren in Börzow, Kirch Mummendorf und Lübsee werden zu ruhenden Pfarrstellen erklärt.

Schwerin, 7. Oktober 1997

Der Oberkirchenrat
Flade

3408-12/1

Verbindung der Kirchgemeinden Gnevdsdorf und Karbow

Die Kirchgemeinden Gnevdsdorf und Karbow werden zum 1. Januar 1998 miteinander verbunden. Die Pfarre Karbow wird zur ruhenden Pfarrstelle erklärt.

Schwerin, 7. Oktober 1997

Der Oberkirchenrat
Flade

2324-12/8

Verbindung der Kirchgemeinden Wredenhagen und Kieve sowie Umgemeindung der Ortschaften Bütow, Dambeck, Karchow und Erlenkamp

Die Kirchgemeinde Kieve wird zum 1. Januar 1998 mit

der Kirchgemeinde Wredenhagen verbunden. Die Pfarre Kieve wird zur ruhenden Pfarrstelle erklärt. Zum gleichen Zeitpunkt werden die Ortschaften Bütow aus der Kirchgemeinde Wredenhagen sowie Dambeck, Karchow und Erlenkamp aus der Kirchgemeinde Kieve in die Kirchgemeinde Massow umgemeindet.

Schwerin, 14. Oktober 1997

Der Oberkirchenrat
Flade

7315-12/2

Umgemeindung des Dorfes Bassow aus der Kirchgemeinde Staven in die Kirchgemeinde Warlin

Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 wird das Kirchdorf Bassow aus der Kirchgemeinde Staven in die Kirchgemeinde Warlin umgemeindet.

Schwerin, 28. Oktober 1997

Der Oberkirchenrat
Flade

Personalien

PA Borchert, Maren/22-2

Pastorin Maren Borchert, Warbende, wird auf Grund ihres Antrages gemäß § 93 Abs. 1 Pfarrergesetz (KABl 1997 S. 86) für die Zeit vom 1. Oktober 1997 bis 30. August 1998 unter Verlust der Pfarrstelle ohne Dienstbezüge beurlaubt.

Schwerin, 1. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

PA Beyer, Ernst-Albrecht/48

Pastor Ernst-Albrecht Beyer, Satow, wird auf seinen Antrag vom 13. Februar 1997 gemäß § 104 Abs. 2 Pfarrergesetz (KABl 1997 S. 86) mit Wirkung vom 1. November 1997 in den Ruhestand versetzt.

Schwerin, 15. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

3103-20/7

Das Pastorenehepaar Christiane und Klaus Weber, Gnoiien, wird gemäß § 7 des Kirchengesetzes vom 23. März 1997 über Dienstverhältnisse mit eingeschränkter Aufgabe [Teildienstgesetz] (KABl S. 59) mit Wirkung vom 1. November 1997 mit der selbständigen Verwaltung der Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Conow beauftragt.

Schwerin, 15. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

PA Seuffert, Hagen/13-4

Pastor Hagen Seuffert, Güstrow, wurde auf seinen Antrag hin von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau mit Wirkung vom 16. Juni 1997 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Gleichzeitig damit endet sein Auftrag zur selbständigen Verwaltung der Pfarrstelle Diakonie II in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs.

Schwerin, 27. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

414.01/22

Prüfungskommission für das Zweite Theologische Examen

Der Oberkirchenrat hat in die Prüfungskommission für das Zweite Theologische Examen für den Zeitraum von 6 Jahren berufen:

1. Frau Pastorin Ariane Baier, Groß Brütz,
2. Professor Dr. Eckart Reinmuth, Rostock,
3. Pastor Christian Schobert, Neubrandenburg.

Die Prüfungskommission setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

1. Landesbischof Hermann Beste als Vorsitzender,
2. Pastorin Ariane Baier, Groß Brütz,
3. Pastor Dr. Matthias Kleiminger, Güstrow,
4. Professor Dr. Eckart Reinmuth, Rostock,
5. Pastor Christian Schobert, Neubrandenburg,
6. Kirchenrat Heinrich Stühmeyer, Schwerin,
7. Landessuperintendent Dr. Joachim Wiebering, Rostock.

Schwerin, 28. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

PA Tuttas, Peter/73

Pastor a. D. Peter Tuttas, Schwerin, wird auf seinen Antrag vom 12. Oktober 1997 gemäß § 24 Abs. 3 Nr. 1 Kirchenbeamten-gesetz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 17. Oktober 1995 (ABl. VELKD Bd. VI S. 292) mit Wirkung vom 1. Januar 1998 in den Ruhestand versetzt.

Schwerin, 27. November 1997

Dr. Schwerin (i. V.)
Oberkirchenratspräsident

Pfarrstellenausschreibung

3501-20/5

Die Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Brenz wird gemäß § 3 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Wahl des Kirchgemeinderates ausgeschrieben.

Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember 1997 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 30. September 1997

Beste
Landesbischof

2108-20/4

Die Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Gnoien wird gemäß § 3 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Wahl des Kirchgemeinderates ausgeschrieben.

Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember 1997 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 20. Oktober 1997

Beste
Landesbischof

243.01/41-7

Die Pfarrstelle in der Evangelischen Studentengemeinde in Rostock wird gemäß § 8 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 3 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Beschluß des Oberkirchenrates

zum zweiten Mal ausgeschrieben. Die Übertragung erfolgt für einen Zeitraum von 8 Jahren. Der Dienst in der Studentengemeinde umfaßt 50 % und wird durch eine zusätzliche Beauftragung ergänzt.

Bewerbungen sind bis zum 31. Januar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 20. November 1997

Beste
Landesbischof

5202-20/

Die Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Rostock St. Johannis wird gemäß § 4 Abs. 2 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Wahl des Kirchgemeinderates ausgeschrieben.

Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 25. November 1997

Beste
Landesbischof

6610-20/

Die Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Wittenburg wird gemäß § 4 Abs. 2 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Wahl des Kirchgemeinderates ausgeschrieben.

Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 25. November 1997

Beste
Landesbischof

7617-20/

Die Pfarrstelle in der Kirchengemeinde Wesenberg wird gemäß § 4 Abs. 2 und 3 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Beschluß des Oberkirchenrates zum zweiten Mal ausgeschrieben.

Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 25. November 1997

Beste
Landesbischof

7526-20/

Die Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Woldegk wird gemäß § 4 Abs. 2 und 3 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Beschluß des Oberkirchenrates zum zweiten Mal ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 25. November 1997

Beste
Landesbischof

2501-20/

Die Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Ankershagen/Möllenhagen wird gemäß § 4 Abs. 2 Pfarrstellenübertragungsgesetz (KABl 1997 S. 61) zur Wiederbesetzung durch Beschluß des Oberkirchenrates ausgeschrieben. Bewerbungen sind bis zum 28. Februar 1998 an den Oberkirchenrat, Postfach 11 10 63, 19010 Schwerin, zu richten.

Schwerin, 25. November 1997

Beste
Landesbischof

330.01/47

Auslandspfarrstellen

Der Oberkirchenrat gibt nachstehend eine Stellenausschreibung des Kirchenamtes der EKD für eine Auslandspfarrstelle bekannt. Bewerber wenden sich bitte direkt an das Kirchenamt der EKD bei gleichzeitiger Information des zuständigen Landessuperintendenten und des Oberkirchenrates.

Schwerin, 20. November 1997

Der Oberkirchenrat
Flade

Auslandsdienst im Iran

Die Evangelische Gemeinde deutscher Sprache im Iran sucht zum Sommer 1998 eine(n) verheiratete(n) Pfarrer(in) mit Gemeindeerfahrung. Dienstsitz ist Teheran.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- Pastoraler Dienst für deutschsprachige Christinnen und Christen, besonders in Teheran,
- Erteilung von Religionsunterricht an der Deutschen Botschaftsschule,
- Diakonische Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Sozialarbeiterin,
- Fortführung der ökumenischen Kontakte (dafür sind Englisch-Kenntnisse nötig).

Die Gemeinde ist selbständig und wird verantwortlich geleitet von einem aktiven Gemeindegemeinderat. Die Gemeinde besitzt eine eigene Kirche mit angrenzendem geräumigem Pfarrhaus und Garten (mit Pool). Die Gemeinde freut sich auf eine(n) Pfarrer(in), der (die) bereit ist, sich auf die interessanten Erfahrungen in einem islamischen Land einzulassen.

Bewerbungen werden unter Bezugnahme auf diese Anzeige bis zum 15. Januar 1998 erbeten.

Interessenten erhalten weitere Informationen und Ausschreibungsunterlagen beim

Kirchenamt der EKD
Postfach 21 02 20
30419 Hannover
Tel.: (05 11)27 96-4 39/2 25
Fax: (05 11)27 96-7 17
e-mail:ekd a ekd.de